

WER TRÄGT VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE?

TRIALOG
3

„Working Poor, Mindestlohn und Grundsicherung“ – Wie muss gute Wirtschafts- und Sozialpolitik gestaltet sein?



Ein dringend benötigter Diskurs!

Libérale Demokratien bieten ihren Bürger*innen heute ein Wohlstandsniveau wie kein anderes politisches System. Als Staatsform genießt die Demokratie allgemein sehr hohe Zustimmung in der Gesellschaft – ihre tägliche Praxis wird jedoch zunehmend skeptisch bewertet.

Die Lebenswelten der Menschen verändern sich durch Globalisierung und Digitalisierung. Es bieten sich einerseits neue Chancen und Möglichkeiten, andererseits entsteht Verunsicherung. Die Bedeutung der Wirtschaft als wichtiger Arbeitgeber und Garant für gesellschaftlichen Wohlstand ist zwar unbestritten. Dennoch markieren die weltweite Finanzkrise, die Panama Papers und der Dieselskandal Beispiele für einen Wendepunkt im Verhältnis von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Es ist Vertrauen verloren gegangen und viele Bürger*innen haben Fragen, inwieweit die Wirtschaft neben der Maximierung ihrer Gewinne soziale und ökologische Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie übernehmen muss und kann. Soziale Konfliktlinien treten offen hervor und Rufe nach wirtschaftspolitischem Protektionismus und dem Verschließen der Staatsgrenzen werden lauter. All dies bietet den Nährboden für das Erstarken populistischer Parteien.

Es ist höchste Zeit darüber zu diskutieren, wie Wirtschaft, Politik, organisierte Zivilgesellschaft und Wissenschaft so interagieren können, dass Demokratie und Wirtschaft nachhaltig zusammen funktionieren. Daher haben wir, die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gemeinsam die Dialog-Reihe „Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie“ gestartet und dies an drei Tagen im Herbst 2018 und Frühjahr 2019 perspektivenreich, offen und kontrovers debattiert.



PROF. DR. GESINE SCHWAN
PRÄSIDENTIN / HUMBOLDT-VIADRINA
GOVERNANCE PLATFORM gGmbH



DR. MORITZ KILGER
VORSTAND / STIFTUNG „ERINNERUNG,
VERANTWORTUNG UND ZUKUNFT“

Über das Projekt

Die Trialog-Reihe „**Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie?**“ ist eine gemeinsame Initiative der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und der HUMBOLDT-VIADRINA Governance

Platform. In drei eintägigen Veranstaltungen haben wir insbesondere die Rolle der Wirtschaft offen, kontrovers und für alle bereichernd diskutiert.

TRIALOG

1

Demokratie und Marktwirtschaft: Nur gemeinsam stark?

17.09.2018

TRIALOG

2

Unternehmen im Spannungsverhältnis zwischen Gewinn und Gemeinwohl

04.12.2018

TRIALOG

3



„Working Poor, Mindestlohn und Grundsicherung“ – Wie muss gute Wirtschafts- und Sozialpolitik gestaltet sein?

Die dritte und letzte Veranstaltung der Reihe fand am 15. März 2019 im Allianz Forum in Berlin statt. Im Zentrum stand die Frage, wie nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik heute gestaltet sein muss. Gemeinsam mit den Inputgeber*innen und Teilnehmer*innen haben wir die Bedeutung von Arbeit für eine Gesellschaft diskutiert. Wir haben die Folgen einer neoliberal geprägten Wirtschaftspolitik analysiert und – eng damit zusammenhängend – über die steigende soziale Ungleichheit und deren politische Folgen gesprochen: den Erfolg rechtspopulistischer Parteien. Und natürlich haben wir darüber debattiert, welche Verantwortung die Unternehmen in Deutschland heute tatsächlich für Gesellschaft und Demokratie übernehmen (können).

15.03.2019

Warum Trialoge?

Wir erleben im Moment eine Krise der Demokratie. Politische Entscheidungen werden zunehmend als parteiisch, einseitig oder auch als realitätsfern wahrgenommen. Aus diesem Grund brauchen wir neue Ansätze, um die Legitimation politischer Entscheidungen zu stärken. Daher kommt der perspektivenreichen Auseinandersetzung eine hohe, wenn nicht sogar elementare gesellschaftliche Bedeutung zu. Wir benötigen einen Dialogansatz, der unterschiedliche Sichtweisen sowie Prämissen explizit macht und zugleich einbezieht und einen vertraulichen Raum zur offenen Deliberation – also für einen Austausch von Argumenten und Begründungen – schafft.

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform bietet in Form der Trialoge einen solchen Ansatz. Die Trialoge sind exklusive Multi-Akteurs-Diskussionen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auf Augenhöhe. Sie sind ein erprobtes Format des deliberativen Austausches, das Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse herstellt und zu partizipativer, gemeinwohlorientierter Politik beiträgt. Wir zeigen Alternativen und ihre Auswirkungen auf – bevor es zu einer politischen Entscheidung kommt.

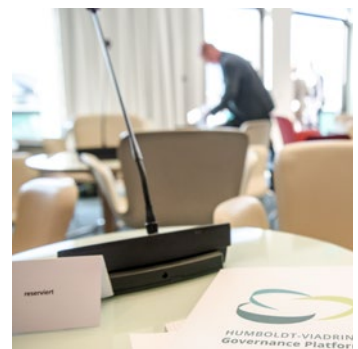
Warum tragfähige Lösungen die Beteiligung aller relevanten Akteursgruppen brauchen

Demokratische Politik ist durch Wahlen zu gesamtgesellschaftlich verbindlichen Entscheidungen legitimiert. Mit ihren Entscheidungen stößt die Politik aber auf große Schwierigkeiten, die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und Machtpotenziale zu integrieren. Deshalb genießen ihre Leistungen immer weniger öffentliches Vertrauen.

Der Unternehmenssektor ist nicht demokratisch legitimiert, hat aber eine zentrale grenzüberschreitende Machtstellung gewonnen. Letzteres bringt ihn immer mehr in die Verantwortung dafür, dass die Voraussetzungen für sein ökonomisch erfolgreiches Handeln (Regulierungen, Bildung, öffentliche Infrastruktur und Rechtssystem) auch demokratisch erfolgreich gestaltet werden können.

Die organisierte Zivilgesellschaft genießt – wenn sie gemeinnützig und transparent handelt – hohes gesellschaftliches Vertrauen. Sie hat sich zu einem wesentlichen Motor für gemeinwohlertragreiche Innovationen entwickelt. Zudem ist die organisierte Zivilgesellschaft nicht von Wahlen oder Legislaturperioden abhängig.

Die Wissenschaft kann ihre Themen, Fragen und Prämissen in die Debatten einbringen, überprüfen und sich gegebenenfalls gesellschaftliche Partner für die weitere – transdisziplinäre – Arbeit suchen. Vor dem Hintergrund des rasanten sozialen und technologischen Wandels kann und muss sie die Anschlussfähigkeit ihrer Forschung durch den Dialog mit den anderen Stakeholdergruppen schärfen.



Wir organisieren Perspektivenvielfalt

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform und die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ bringen in der Trialog-Reihe „Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie?“ ein breites Spektrum an Perspektiven zusammen. Somit schaffen wir einen schnellen und umfassenden Überblick über die unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen und deren Begründungen. Und wir kreieren einen vertraulichen Rahmen, der garantiert, dass jede Stimme und jedes Anliegen Gehör findet – unabhängig von divergierenden Machtpositionen. Je mehr Positionen Eingang in die Diskussion finden, desto breiter ist die Erkenntnisgrundlage für nachhaltige Entscheidungen. Wir fördern so eine gemeinwohlorientierte Verständigung von Akteuren aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Wir begründen Argumente

In unserer Trialog-Reihe setzen wir auf die Aufdeckung der Argumente, die hinter den vorgetragenen Positionen stehen. Wir durchbrechen so die Gegenüberstellung von oft wiederholten holzschnittartigen Positionen. Alle Teilnehmer*innen müssen ihre Position begründen und in Bezug zu bereits genannten Argumenten stellen. Auf diese Weise können die unterschiedlichen Standpunkte – unterstützt durch eine öffnende und zusammenführende Moderation – miteinander verknüpft werden. Der Diskurs kann so neue Richtungen einnehmen, in denen breit akzeptierbare Lösungen für politische und gesellschaftliche Herausforderungen entstehen.



Wir zeigen Grundkonsense auf

In den Trialogen analysieren wir die unterschiedlichen Argumente und identifizieren die Gemeinsamkeiten. Wir arbeiten die Schnittstellen heraus und stellen fest, welche Meinungen und Begründungen tatsächlich aufeinander Bezug nehmen. Und wir können erkennen, wie stark die einzelnen Stakeholdergruppen die Themen und Argumente gewichten. So können wir Grundkonsenskorridore zwischen den oft als sehr heterogen wahrgenommenen Positionen und Präferenzen identifizieren.



Leitfragen des Tages

→ Was bedeutet „Armut“ aus ökonomischer Sicht?

→ Muss bzw. wo muss der Staat stärker regulierend eingreifen?

→ Welche Folgen hat Armut für den Zugang zur Teilhabe an der Gesellschaft und am kulturellen Leben?

→ Welche Chancen und Risiken bietet ein höherer Mindestlohn?

→ Wie muss heute eine gute Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik gestaltet sein?

→ Welche soziale Verantwortung können Unternehmen heute für Gesellschaft und Demokratie tragen? Was sind ihre Handlungsoptionen?

INPUTGEBER*IN



Prof. Dr. Gustav Horn

Wissenschaftlicher Direktor / Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Hans-Böckler-Stiftung



Prof. Dr. Camille Logeay

Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

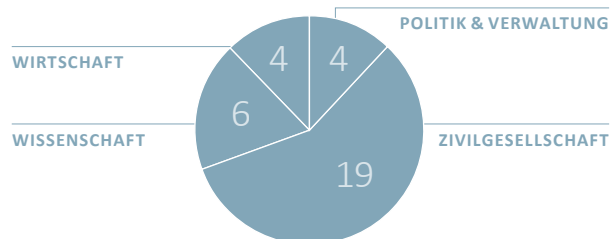


Henrik Schmitz

Vice President Communication Strategy and CEO Communication, Deutsche Telekom AG

TEILNEHMER*INNEN

Am Trialog nahmen insgesamt 33 Personen teil. Diese verteilen sich wie folgt auf die Stakeholdergruppen:



Die soziale Ungleichheit steigt – das hat Folgen für die Demokratie

Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist gestiegen. Die Schere zwischen Arm und Reich in Bezug auf Einkommen und Vermögen hat sich weit geöffnet – mit ernsthaften Folgen für die Demokratie und das politische System. Mehr und mehr Bürger*innen fühlen sich abgehängt und nehmen sozialpolitisch und ökonomisch nicht mehr am

gesellschaftlichen Leben teil. Das hat Konsequenzen für das politische System. In den demokratischen Staaten Europas und in den USA bilden sich neue Parteien und politische Bewegungen, die nicht länger zugunsten dessen handeln, was wir unter Demokratie verstehen. Sie verfolgen das Ziel einen Spalt zu konstatieren und noch weiter und tiefer zu treiben zwischen dem, was sie Establishment nennen und dem, was sie selbst vertreten.

Arbeit hat sozial und individuell eine existentielle Bedeutung

Arbeitslosigkeit ist kein sozioökonomischer Indikator unter vielen. Arbeit ist mehr als nur ein ökonomisches Gut, es ist für die Menschen existentiell und sinnstiftend. Arbeitslosigkeit bringt Menschen in Not und grenzt nicht nur materiell aus der Gesellschaft aus, sondern auch ideell und kulturell. Aus dieser Perspektive ist es eine gute Nachricht, dass sich die Erwerbslosenquote in Deutschland seit 2005 auf nur noch 5 Prozent halbiert hat. Allerdings lebten hier 2017 weiterhin fast unverändert ca. 16 Prozent der Bevölkerung in Armut oder waren armutsgefährdet. Trotz sehr guter Arbeitsmarktlage ist dieser Wert konstant geblieben. Und auch die Struktur der Armut hat sich nicht verändert: Besonders häufig betroffen sind Arbeitslose, Menschen mit geringer Bildung und Migrationshintergrund und Frauen, insbesondere Alleinerziehende. Auslöser dieser konstanten Ungleichheit ist die Lohnspreizung durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors, der in Deutschland seit 2005 stark angewachsen ist. Fast jede*r vierte abhängig Beschäftigte in Deutschland bekommt für die Arbeit nur ein geringes Einkommen, das unter der Niedriglohnschwelle von 10,22 Euro liegt. Sie zählen zu den „Working Poor“, den Armen trotz Erwerbsarbeit.

Neoliberale Reformen am Arbeitsmarkt verstärkten die Ungleichheit

Die neoliberale Politik der vergangenen Jahrzehnte hat die sozialen Ungleichheiten befeuert. Das zeigt schon ein Blick auf die Dax-Konzerne. Die Einkommensdifferenzen in den Unternehmen steigen immer weiter an und die Chefs in den Vorstandetagen verdienen heute über 70-mal so viel wie ihre Angestellten – im Jahr 2005 war es noch „nur“ das 42-fache.

Vor der Finanzkrise 2008 waren sich wissenschaftliche Forschung, wirtschaftspolitische Praxis und politische Rhetorik einig, dass Arbeitslose zumindest eine Mitschuld an ihrem Zustand tragen, dass sie, egal ob wissentlich oder fahrlässig „etwas falsch gemacht hatten“. Dahinter stand die Überzeugung, dass jedes Individuum durch sein ökonomisches Verhalten Beschäftigung finden kann. Es müsse dazu lediglich die eigenen Ansprüche reduzieren. Arbeitslosigkeit ist daher weitgehend als Problem auf Grund zu großer individueller Forderungen definiert worden. Woraufhin sich Politiker*innen legitimiert sahen, das Risiko der Arbeitslosigkeit ebenfalls zu individualisieren und auf die Bürger*innen zu übertragen.

Die Demokratie braucht einen handelnden Staat

Eine Demokratie braucht einen verantwortungsvoll handelnden Staat und eine nachhaltige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist eine seiner zentralen Aufgaben. Den Erfolg einer solchen Politik zeigt die wirtschaftspolitische Strategie in der Krise 2008, in der weltweit 11 Millionen Menschen ihre Jobs verloren. Die deutsche Regierung beschloss, die Märkte und Unternehmen mit zwei umfangreichen Konjunkturpaketen zu unterstützen. Sie tat, was die Realität gefordert hat – und hatte Erfolg!

(Und die) Demokratie braucht eine verantwortungsbewusst handelnde Wirtschaft

Die freie Marktwirtschaft schafft Wohlstand, fördert und belohnt menschliche Kreativität und Unternehmertum, setzt Anreize zu Fortschritt und Weiterentwicklung. Kritik ist berechtigt, darf aber nicht dazu führen, die Wirtschaft für alle Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen. Unternehmen sind per se nicht demokratiefördernd, sondern sehr anpassungsfähig und können auch in autoritären Regimen produzieren und Gewinne erzielen. Sind sie aber in ein demokratisches System eingebettet, liefern sie wesentliche Beiträge zu dessen Stabilität und Handlungsfähigkeit. Die Festigkeit und Dehnbarkeit des „sozialen Kitts“ wird zum erheblichen Teil durch den ökonomischen Wohlstand einer Volkswirtschaft bestimmt. Denn für viele Arbeiter*innen und Angestellte – aber auch Führungskräfte und Professor*innen – sind Kontostand und die Sicherheit der zukünftigen Einkommen de facto wichtiger als die verbindenden kulturellen und demokratischen Werte.

Der Erfolg von Unternehmen stärkt die Demokratie

Der soziale Wohlstand wird von der Volkswirtschaft generiert. Um dazu beizutragen, müssen sich die Unternehmen zunächst auf die eigenen Effizienzziele und den Markterfolg konzentrieren. Um ihre soziale Funktion zu erfüllen, müssen sie Gewinne machen: um davon Steuern zu zahlen, investieren zu können, sich technologisch weiterzuentwickeln, langfristig am Markt zu bestehen und so sichere Arbeitsplätze und faire Löhne garantieren zu können. Und auch um direkt zum Gemeinwohl beizutragen durch Investitionen in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur (Stichwort Digitalisierung), Umweltschutz und Energiewende, Weiterbildung für die Mitarbeiter*innen, soziale Zusatzleistungen, Gründung von Stiftungen, kulturelle Förderung etc. Die neoliberale Vorstellung, dass Unternehmen nur ihre Gewinne maximieren, wie Milton Friedmanns Aufsatz „The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits“ aus dem Jahr 1970 erklärt, greift folglich zu kurz.

Demokratie und Wirtschaft müssen sich gemeinsam weiterentwickeln!

Letztendlich müssen wir sowohl Demokratie als auch Wirtschaft weiterentwickeln und die Balance zwischen ökonomischer Effizienz und dem obersten demokratischen Grundsatz stärken: dass die Würde des Menschen unantastbar ist und dass alle Menschen die gleiche Würde haben.



Die **HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform** und die **Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“** (EVZ) veranstalteten im Herbst 2018 und Frühjahr 2019 die Reihe „Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie“. In drei Veranstaltungen am 17. September 2018, am 4. Dezember 2018 und am 15. März 2019 diskutierten Vertreter aus Politik & Verwaltung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft im Allianz Forum in Berlin.

Veranstalter

Die **HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform** setzt sich seit 2014 für die Förderung von demokratischen Prozessen und durchdachten Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt ein. In ihren Aktivitäten beruht sie auf dem Ansatz, staatliche Akteure, Wirtschaft, organisierte Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien in jeweils unterschiedlichen Formaten mit dem Ziel zusammenzubringen, auf Herausforderungen aufmerksam zu machen, relevante Informationen transparent darzustellen, Konsense zu eruieren und kreative Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

Die Veranstaltung wurde gefördert von der **Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“**. Die Stiftung EVZ wurde im Jahr 2000 gegründet, um Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter während der Zeit des Nationalsozialismus zu entschädigen. Seit 2001 leistet die Stiftung EVZ zudem humanitäre Hilfe für Überlebende, fördert die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und stärkt zivilgesellschaftliches Engagement in Mittel- und Osteuropa.

Kontakt

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

Pariser Platz 6, 10117 Berlin
 Dr. Niklas Im Winkel
 nimwinkel@governance-platform.org
 T +49 30 206 20130
 www.governance-platform.org

Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ)

Friedrichstraße 200, 10117 Berlin



BILDNACHWEISE

Portrait S. 2 (re.): © Raum11 / Amélie Losier
 Portrait S. 2 (li.) und Veranstaltungsbilder S. 4 / 5:
 © Branislav Jasic
 Portraits S. 6 und Grafik auf der Titelseite:
 © HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

BERLIN, JUNI 2019